

hat der nordrhein-westfälische Landtag einen Teil der Parlamentsreform verwirklicht und darin auch aus dieser Notwendigkeit Konsequenzen gezogen: Einrichtungen wie die Fragestunde und die aktuelle Stunde dienen ja gerade dieser Kontrollfunktion des Parlaments.

Ein weiterer Schritt zur Stärkung dieser Kontrollfunktion ist in der neuen Landeshaushaltsordnung enthalten, die unter anderem vorsieht, daß die Landesregierung die Projekte für die Gemeinschaftsaufgaben so rechtzeitig fertigstellen muß, daß sie noch vor der Anmeldung zum Rahmenplan des Bundes im Landesparlament beraten werden können.

Mit Sicherheit wird manches von dem, was das Landesparlament in Zukunft zu erledigen haben wird, weniger spektakulär sein als frühere große Gesetzesaufgaben. Nicht alles, was an Regierungskontrolle notwendig ist, wird sich für glanzvolle politische Debatten im Plenum eignen. Wahrscheinlich wird ein erheblicher Teil dieser Arbeit, die viele vielleicht als Kleinarbeit betrachten mögen, sich mehr und mehr in die Fachausschüsse verlagern. Sie bleibt aber wichtig und muß im Interesse des Bürgers erledigt werden.

FDP: Überprüfung der Zuständigkeitsverteilungen

Es ist heute schon beinahe ein Gemeinplatz von der zunehmenden Entmachtung der Länderparlamente zu sprechen. Dabei wird unberücksichtigt gelassen, daß die Gewichtsverlagerung zwischen Legislative und Exekutive ein generelles Problem des heutigen Sozialstaates ist.

Die Verwirklichung unserer Sozialordnung erfordert immer mehr Gesetzgebungsbefugnis für den Bund, da die notwendigen Regelungen bundeseinheitlich realisiert werden müssen. So wächst die Zuständigkeit des Bundes zu Lasten der Länder.

Deshalb ist auch die Kritik der Opposition an der mangelnden legislativen Tätigkeit der Landesregierung unzutreffend. Sie ignoriert den Sachzwang zu einheitlicher Gesetzgebung in immer weiteren Bereichen, die allein durch den Bundesgesetzgeber vorgenommen werden kann.

Auf der anderen Seite bekennt sich die Bundesrepublik zum föderalistischen Prinzip. Soll dieses bundesstaatliche Element weiterhin ein Teil unserer Verfassungswirklichkeit bleiben und eine schleichende Aushöhlung vermieden werden, so muß die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern überprüft werden. Eine mögliche Neuregelung, bei der durchaus gewisse Zuständigkeiten, die bei den Ländern besser aufgehoben sind, auf diese verlagert werden könnten, wäre im Zuge der Neugliederung des Bundesgebietes anzustreben.

Dabei kann es sich nur um Zuständigkeiten handeln, die den Länderparlamenten eine effektivere Kontrollfunktion gegenüber ihren Regierungen ermöglichen, nicht aber um legislative Kompetenzen.

Will man eine Degradierung der Länder zu gehobenen „Verwaltungsprovinzen“ vermeiden, müssen die Länder neu gegliedert und eine Bereinigung des Kompetenzgeflechts vorgenommen werden. Nur dann hat der „kooperative Föderalismus“ eine Zukunft in der Bundesrepublik.

Porträt

Auch im Düsseldorfer Landtag gibt es Tiefstapler. Damit sind jene Abgeordneten angesprochen, die kaum von sich reden machen und dennoch häufig mehr Einfluß haben als mancher Minister. Zu ihnen zählt der SPD-Politiker Ernst Ermert (52) aus Duisburg. Als Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung sitzt er an einem wichtigen Schaltkebel des Parlaments.

Der Name dieses Ausschusses mag dem Laien kaum etwas sagen, dem Eingeweihten umso mehr. In diesem Gremium geht es zum Beispiel um Fragen der inneren Sicherheit unseres Landes, hier werden Probleme der Verbrechensbekämpfung, der Ausrüstung der Polizei, des Verfassungs- und Katastrophenschutzes und der Beamtenbesoldung beraten. In diesem Themenkreis ist Ernst Ermert zu Hause. Er tritt für eine Reform des öffentlichen Dienstrechts von Grund auf ein, empfiehlt die Bundeskompetenz für Besoldungsfragen und streitet für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, der künftig außer mehr Geld auch klare Kompetenzen zugewiesen werden müßten.

Dem Landtag gehört er mit einer Unterbrechung von 1958 bis 1962 seit 1954 an. Für die vierjährige Pause ist der CDU-Abgeordnete Friedrich Heinen verantwortlich, der ihm 1958 das Direktmandat wegschnappte. Damals hatte Ernst Ermert noch keinen sicheren Platz auf der Landesliste. Mit Heinen verbindet ihn übrigens eine enge Freundschaft; parteipolitische Gegensätze tun dem keinen Abbruch. (Außerdem hat sich der CDU-Konkurrent von damals inzwischen einen anderen Wahlkreis gesucht.)

Der Weg zum Politiker war Ernst Ermert nicht vorgeschrieben. Den Entschluß, sich politisch zu engagieren, faßte er in der dunkelsten Stunde seines Lebens am 8. April 1945, als seine erste Frau und sein Kind unter Trümmern den Tod fanden.

Damals schwor er sich, er werde mithelfen, um ein zweites Drittes Reich zu verhindern. Den Weg zur Sozialdemokratie fand er über einen Bekannten, der ihn Ende 1945 in Duisburg in einem Bunkerloch entdeckte, wo er hauste, weil seine frühere Wohnung nicht mehr stand. Der Bekannte nahm ihn in seine Familie auf, bot ihm die Couch als Schlafstatt an und brachte ihn mit Freunden aus der SPD zusammen, denen sich Ermert bald anschloß. „Das andere ergab sich“, meint er 25 Jahre später.

In seiner Partei hat Ernst Ermert heute einen starken Rückhalt. Er gehört dem Vorstand der SPD-



Ernst Ermert (SPD)
Vorsitzender des Ausschusses
für Innere Verwaltung

Landtagsfraktion an und führt, abgesehen von einer Reihe anderer Ehrenämter, außerdem die SPD-Fraktion im Duisburger Stadtrat. Damit sind sogar die Jungsozialisten einverstanden, die sonst parteiintern gegen alle Doppelmandate Sturm laufen, aber in Duisburg ausdrücklich erklärten, bei Ernst Ermert akzeptierten sie die Ausnahme.

Da er außerdem noch einen Beruf hat — er ist Statistiker bei der Duisburger Arbeitsverwaltung —, fragt sich jeder, wie dieser Politiker das alles schafft, was er sich oder andere ihm auf die Schultern geladen haben. Die Antwort heißt 16-Stunden-Tag. Frau, Tochter Susanne (15) und Sohn Kurt (14) sind mit seinem politischen Engagement einverstanden: „Die Kraft für das politische Geschäft gibt mir meine Familie“, sagt der Vater.

Zu Steckenpferden bleibt ihm keine Zeit. Schachspielen (früher sogar als Turnierspieler), die regelmäßige Skatrunde, Schwimmen, auch das Lesen, was nicht Pflichtlektüre ist — zu all dem kommt er nicht mehr. Nur im Urlaub, den die Familie meist am Meer verbringt, kann er ausspannen. Und das tut er dann mit Krimis.

Zu einem Porträt über den Vorsitzenden des Innenausschusses gehört ein Hinweis auf seine Tabakspfeifen. Ernst Ermert besitzt etwa 30 Stück. Die teuersten schenkten ihm seine Parteifreunde zum 50. Geburtstag. Er raucht seit Jahren nur einen ganz besonderen, aus Kentucky stammenden Virginia-Tabak. Dabei sieht er sich nicht nur politisch in der Gesellschaft von Herbert Wehner. Der hat zwar 150 Pfeifen, aber er raucht — das stellen beide kürzlich nach einer harten Wahlkampfveranstaltung bei einem privaten Tabakkollegium fest — seit Jahren die gleiche seltene Tabaksorte. Ernst-Andreas Ziegler